

Kassauischer Anzeiger.

Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Bezugspreis: bei amtlichen Postanstalten
jährlich Mk. 1.20. Bei freier Bestellung
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.
Erscheint 3mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags, Samstags.
Redaktion: Guido Seidler in Biedrich.

Kassauisches Tagblatt. — Kassauische Zeitung. — Kassauischer Generalanzeiger. — Kassauische neueste Nachrichten.

Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Anzeigenpreis: 1. 8. Spalte, Colonnezelle
oder deren Raum 15 Pf., Reklamazelle 50 Pf.
Redaktion und Expedition:
Friedrich a. Rh., Rathausstraße Nr. 16.
Telephon Nr. 41.
Rotations-Druck und Verlag der
Hofbuchdruckerei Guido Seidler, Biedrich.

Alleiniges Verbandsorgan für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.
Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Raringen, Biedrich, Breckenheim, Delkenheim, Driedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Wiesheim, Stannheim, Georgenborn, Hefloch, Jggst, Kloppenheim, Hassenheim, Mendenbach, Nauob, Nordenstadt, Rambach, Scharstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicher, Wildbach.

Nr. 135.

Dienstag, den 12. November 1918

Postfachkonto
Frankfurt (Main) Nr. 1014.

18. Jahrgang.

Amthlicher Teil.

Nr. 560.

Bekanntmachung.

Anstelle des antragsgemäß aus dem Amte zurückgetretenen Ortsgerichtsvorstehers Heuß in Bredenheim ist der Bürgermeister Wiesbaden, den 8. November 1918.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
S.-Nr. 1511/2 (415/11) n. Heimbura.

Nr. 591.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Eheleuten Philipp Scheidt III. in Bredenheim aus Anlaß ihres 50jährigen Ehejubiläums am 12. ds. Mts. die Ehejubiläumsmedaille in Gold zu verleihen geruht.
Wiesbaden, den 5. November 1918.
Der Königl. Landrat.
von Heimbura.

Warnung für die Selbstversorger.

Das Hamstern und die Schleichererzeugung mit Boden-erzeugnissen aller Art, namentlich aber mit Kartoffeln hat in den meisten Gemeinden des Kreises einen Umfang angenommen, der die Sicherstellung nicht nur der unbedingt zu erfüllenden Pflanzlieferungen, sondern auch die eigene Versorgung im Kreise auf das Schwerste gefährdet.

Wer dem Schleicherer und dem Hamstere Betreibe und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unserem Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleicherer und Hamstere genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Volk und für die Front liefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Ration der Selbstversorger herabsetzen! Jeder Landwirt und jede Landfrau möge sich also fragen: Was ist der Schleicherer und der Hamstere zum Schaden der Allgemeinheit davon trägt, muß Du selber selbst mit Deinen Angehörigen aus Deinen Vorräten nachmalen hergeben.

Die Erzeuger von Bodenfrüchten verwarne ich daher wiederholt aufs Eindrücklichste, Kartoffeln, Getreide u. a. an Hamstere und Schleicherer abzugeben. In allen Fällen in denen die Erzeuger ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber dem Kommunalverband nicht nachkommen, wird ein Eingriff in die für die eigene Versorgung bestimmten Vorräte unausweichlich sein.

Wiesbaden, den 12. Oktober 1918.

Der Königl. Landrat.
von Heimbura.

18. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Mbl. IIIb. B. D. Tag. Nr. 5322/120.

Gouvernement der Festung Mainz.

Mbl. IIIb. B. D. Tag. Nr. 6065/31929.

Betr.: Anfertigung von Uniformen und Verarbeitung von Uniformstücken.

Verordnung.

Die von der Heeresverwaltung erlassenen Bestimmungen über den Anzug der Offiziere, Sanitätsbeamten, Veterinärbeamten, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften, namentlich die

1. durch die Anlage 1 zum Merkblatt über die Versorgung der Offiziere mit Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen vom 11. Februar 1918 Nr. 210/2. 18. B. 3 (M. B. Bl. S. 87) und
2. durch die Anlage zum Merkblatt über Ausstattung der Feldtruppen mit Bekleidung vom 6. 8. 1917 Nr. 205/7. 17. B. 3 (M. B. Bl. von 1918 Seite 162)

anlässlich des Krieges gegebenen besonderen Vorschriften finden bei den Privatfirmen, die Uniformen anfertigen, noch nicht allgemein die Beachtung, die die Rohstoffknappheit und die allgemeine Wirtschaftslage erfordern. So werden z. B. immer noch für Offiziere Friedensuniformen, kleine Röcke, Feldmäntel (Feldmäntel, Feldmantel), Friedensschürzen und unproblematische Blusen oder für Unteroffiziere und Mannschaften (Feldmäntel, Feldmäntel, Feldmäntel) eigene Sachen angefertigt und verkauft.

Gemäß § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und § 1 des Abänderungsgesetzes vom 11. 12. 1915 verbieten wir hiernach, daß Gewerbetreibende und auch sonstige Zivilpersonen:

- a) bei der Anfertigung von Uniformstücken von der Vorschrift abweichen oder Uniformstücke herstellen und verkaufen oder auch nur zur Schau stellen, die in den Bestimmungen verboten oder als unzulässig bezeichnet sind;
- b) dahingehende Anpreisungen in Zeitungen usw. erlassen;
- c) von der Heeresverwaltung oder von Heeresangehörigen zur Verarbeitung übergebene Stoffe, Zuschnitte und Zutaten zu anderen Zwecken als zu Uniformen für Offiziere und sonstige Inhaber von Ausrüstungsgegenständen verwenden, oder
- d) Uniformen und sonstige militärische Bekleidungsstücke, Stoffe, Zuschnitte und Zutaten von Heeresangehörigen kaufen oder auch ohne Bezahlung annehmen.

Bekannt wird, daß die Befehlshaber keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Verlegen mildernden Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Allen Gewerbetreibenden steht es frei, sich die unter 1. und 2. bezeichneten Bestimmungen von den Befehlshabern zu beschaffen; sie werden kostenlos abgegeben.

Frankfurt a. M., Mainz, 10. Oktober 1918.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-Korps.

Gouvernement der Festung Mainz.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 5. November 1918.

Der Königl. Landrat.
von Heimbura.

Bekanntmachung.

Anträge auf Zuerkennung zur Weinverbesserung im Rahmen des § 3 des Weingesetzes vom 7. April 1909 sind von den Winzern bei dem Kreisausschusse schriftlich einzureichen.

Die Anträge müssen zuverlässige Angaben über die tatsächliche Erntemenge und die Güte der Reife nach den bekannten drei Reifegradgruppen (über 80 Grad Dechle, zwischen 80 Grad und 65 Grad Dechle und unter 65 Grad Dechle) enthalten.

An Weinbäuern darf Zucker zur Weinverbesserung nicht abgegeben werden.

Die Anträge sind spätestens bis zum 15. d. Mts. zu stellen. Später eingehende Anträge können keine Berücksichtigung finden.

Wiesbaden, den 1. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
von Heimbura.

Warenumschlagpempel.

Eine große Anzahl steuerpflichtiger Personen ist mit der Anmeldung und Entrichtung ihres Warenumschlagpempels für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli ds. Js. noch im Rückstande.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 21. Aug. ds. Js. (veröffentlicht in Nr. 100 des Kassauischen Anzeigers vom 22. August ds. Js.) werden hiermit alle Säumigen nochmals an ihre Anmelde- und Zahlungspflicht erinnert.

Wer der Aufforderung nicht bis zum 15. ds. Mts. nachkommt, wird bestraft.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, auf die vorstehende Bekanntmachung in geeigneter Weise noch einmal hinzuweisen.

Wiesbaden, 4. November 1918.

Der Kreisausschuss des Landkreises Wiesbaden
(Umschlagsteueramt).
gez. von Heimbura.

Eicheln- und Kastanienjammung.

Es ist festgestellt worden, daß Eicheln und Kastanien unbefugter Weise von Unberechtigten unter Verletzung der Abschöpfungs- und Entschäufungs- und im Wege des Schleichhandels an Viehhalter weiterveräußert werden. Dieses Vorgehen ist strafbar. Zum Ankauf dieser Früchte sind nur die amtlich bestellten Verkäufer berechtigt. Jeder Handel damit ist verboten. Für den Landkreis Wiesbaden ist als Verkäufer bestellt: L. Marx, Wiesbaden, Wörthstr. 5. Es werden gezahlt:

für 100 kg. schalentrockene Eicheln 13.— M.,

für 100 kg. schalentrockene Kastanien 10.— M.

frei Lagerstätte Wiesbaden oder Abgangstation.

Indem ich hierauf verweise, erlaube ich die Kreiseingefahrenen, sich an dieser für die Heeres- und Volksversorgung gleich wichtigen Sammlung nach Möglichkeit zu beteiligen und die gesammelten Mengen alsbald an die Sammelstelle in Wiesbaden abzuführen.

Die Herren Vertrauensmänner für den Sammeldienst, die Herren Schulinspektoren sowie Gemeindevorstände erlaube ich, diese Sammelanstalt fördern zu helfen und mir Fälle unbefugten Handels gefl. mitzuteilen.

Wiesbaden, den 4. November 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
von Heimbura.

Nichtamtlicher Teil.

Die Umwälzung im Reiche. Demissionsgesuch des Reichskanzlers.

Berlin, 8. November. Wie wir hören, ist dem Kaiser über die Lage telegraphisch Bericht erstattet worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingetroffen. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat dem Kaiser keine Demission angeboten.

Wba Berlin, 8. November. Der Kaiser, welcher vom Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden gebeten, einstweilen die Geschäfte des Reichskanzlers weiterzuführen, bis ein endgültiger Beschluß des Kaisers erfolgt ist. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

Sitzung des Kriegskabinetts.

Wb Berlin, 8. November. Das Kriegskabinetts ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seit dem frühen Vormittag zu einer Sitzung veranlaßt. Die Meldung eines heftigen Sturms, wonach der Reichskanzler ins Hauptquartier abgereist ist, ist somit unrichtig. Es verlautet, daß mit Rücksicht auf die Verkehrserschwerungen die Frist des sozialdemokratischen Ultimatums bis 6 Uhr abends verlängert worden sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch nicht vor.

Das Stabsbild der Reichshauptstadt ist von den politischen Ereignissen fast gänzlich unbeeinträchtigt. Es wird in allen Betrieben gearbeitet.

Rücktritt des preussischen Staatsministers.

Wb Berlin, 8. November. Die Herren Staatsminister Drees, Schmidt, v. Eickenhardt und Herget haben ihre Entlassung erbeten; auch hat der Staatsminister v. Balldorn erneut um seine Verabschiedung nachgesucht. Das Abschiedsgesuch des Staatsministers v. Breitenbach liegt bereits seit längerer Zeit im Kabinett.

Wba Berlin, 8. November. Wie wir erfahren, hat der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Vansingen, seinen Abschied eingereicht.

Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts für das Deutsche Reich.

Wb Berlin, 8. November. Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Sitzung des Reichstages folgenden Initiativentwurf einzubringen: Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechtes jeder, der das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht

dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei.

Wba Berlin, 8. November. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion haben folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter, Parteigenossen! Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preussischen Regierung ist gefordert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufung zum Militär ist rückgängig gemacht. Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Partei-vorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufheben des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Sonntag vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter, Parteigenossen! So handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und eure Entschlossenheit ertragen diesen Aufschub.

Eine Rede des Abgeordneten v. Kardorff.

Schon bei den Beratungen der preussischen Wahlreform hat der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Kardorff einen freieren Blick und ein Verständnis für die Forderungen der neuen Zeit gezeigt. Vom gleichen Geist sind auch die Ausführungen getragen, die Herr v. Kardorff dieser Tage bei der Eröffnungsfest der landwirtschaftlichen Winterschule zu Vissa hielt. Er rednete hier mit dem „zusammengebrochenen System“ ab und stellte als Aufgabe fest, daß es uns keine Freunde im Ausland gemacht und keine Anziehungskraft auf andere Länder ausgeübt habe; ebenso hätten ihm weitestens Kreise im Inlande ablehnend gegenüberstanden. Dann fuhr er fort:

„Wenn wir heute leben, daß man heute hier im Osten von uns wegdreht, daß die polnischen Kreise sich nach dem polnischen Reich lehnen, so kann man das auch leicht verstehen. Wenn man aber sieht, daß das Elend, das zu 90 Prozent deutsch ist, den Tag und die Stunde herbeiseht, wo es aus der deutschen Volksgemeinschaft herausgehen kann — ja, das ist nach meinem Dafürhalten eine fürchterliche Aufgabe gegen das bisherige System. Die Veränderungen müssen wir anerkennen, wir müssen sie hinnehmen, wir müssen uns auf den neuen Boden stellen und versuchen, auf dem neuen Boden in einem neuen Geist neue Arbeit zu leisten. Es ist nicht wahr und es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn man es so hinstellt, als ob eine machtmächtige Demokratie diese Rot des Vaterlandes benutzt hätte, um die Macht in ihre Hände zu bringen. Das Waffenstillstandsangebot ist gemacht worden auf Anregung der Obersten Heeresleitung, und die Demokratisierung Deutschlands war ein integrierender Bestandteil der ganzen Aktion. Es war nach allem, was Präsident Wilson gesagt hatte, ganz klar, daß nur ein demokratisches Deutschland überhaupt darauf rechnen konnte, daß irgendwelche Waffenstillstandsangebote irgendwelche Berücksichtigung bei ihm gefunden hätten.“ Dann machte Herr v. Kardorff eine Bilanz des gegenwärtigen Krieges auf: 2 Millionen Tote, 1 Million — können wir sagen — Schwerverwundete, viele Millionen von Wunden, die brauchen an der Front in ihrer Gefundtheit sonst geschädigt worden sind, ein Ausfall an Geburten während dieser Zeit, der sich auf ungefähr 3 Millionen Kinder belaufen wird, eine Schwächung der Volkskraft durch die Internierung und durch die erweiterte Arbeit der Frau, wir haben keine Rohstoffe, unsere Absatzmärkte sind verloren, wir haben eine Schuldenlast, die sich auf mindestens 15 Milliarden neuer Steuern jährlich belaufen wird, wir stehen vor Hunderttausenden von ruinierten Existenzen, die freien Berufe und die Beamenschaft ähnen und Stöhnen unter einer Last, die sie nicht tragen können, die mit den Leveragezulagen ja niemals Schritt halten können; starke moralische Werte sind hinter der Front zusammengebrochen. Wir stehen vor einer Erschütterung des Rechtsbewusstseins in allen Kreisen und wir stehen vor einer Verwahrlosung der Jugend, die ihresgleichen sucht.“ Daraus zog der Redner die Richtlinien für die Zukunft: die großen handarbeitenden Massen müssen als ebenbürtige Glieder in das Staatsganze eingegliedert werden, wir müssen den Klassenhaß und das Klassenwesen abstreifen und müssen die innere Kolonisation mit ganz anderen Augen als bisher ansehen.

Absetzung der Dynastie Wittelsbach.

Wb München, 8. November. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung im Landtagsgebäude die Absetzung der Dynastie Wittelsbach beschlossen.

Unsinntige Gerüchte.

Wb München, 8. November. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben unter der Überschrift „Unsinntige Gerüchte“: „Gerüchten zufolge soll der König letzte Nacht verhaftet worden sein. Es seien drei preussische Regimenter nach München beordert worden, wozu eines bereits zu dem Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat übergegangen. Diese sensationellen Nachrichten entbehren jeder Grundlage und werden von denen verbreitet, die mit unserer guten Sache nichts zu tun haben und sie schädigen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.“

Die Thronentsagung des Kaisers.

Wba Berlin, 9. November. Der Kaiser und Königin hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen

unter Einsetzung der Regenschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden.

In der Köln. Ztg. heißt es zur Thronentsetzung des Kaisers u. a.: Das Kaiseramt ist Dienst am Volke, so lautet eines der letzten Worte des Kaisers, und Dienst am Volke, ein Opfer für sein Volk war es, als er die Krone niederlegte, weil man ihm sagte, daß er nur so Deutschland vor dem Untergang retten könne. Wer sich das Andenken an Deutschlands letzten Kaiser rein bewahren, wer nach den innersten Wünschen Wilhelms II. handeln will, der lebe dem Vaterlande und dem deutschen Volke, der helfe mit allen Kräften der neuen Regierung, daß es ihr gelinge, Ruhe zu halten und die Ordnung wieder herzustellen, damit die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene deutsche Nationalversammlung frei und unbehindert über Deutschlands Zukunft bestimmen kann. Das ist das politische Testament des von seinem Volke schiedenden Kaisers; tue jeder das seine, damit es gewissenhaft erfüllt werden kann. Die Revolution muß mit allen Kräften, die es ehrlich mit unserem deutschen Volke meinen, organisiert werden, oder ihre Wogen werden über uns allen zusammenzuschlagen.

Eine Kundgebung des Reichskanzlers Ebert.

Ab Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der kaiserlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über die Ergebnisse der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Vollregierung sein. Ihr Bestreben wird sein, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es erlangen hat, zu beschaffen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die uns bevorsteht. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung des Volkes nicht fähren. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Erfolg für alle. Die Verhältnisse würden am schlimmsten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder an sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergräbt, verflucht sich auf die Schwärze an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgen für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Ein Aufruf der Regierung.

Abna Berlin, 9. November. Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Vollgenossen!

Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt, sein ältester Sohn auf den Thron verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat die Regierung übernommen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Eintritt in die Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an der alle über 20 Jahre alten Bürger beiderlei Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen.

Wie dahin hat sie die Aufgabe, Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in Waffen reichsten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu sichern.

Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort glatt zu arbeiten beginnen. Nur durch ihre tatkräftige Funktionieren kann schweres Unheil vermieden werden. Sei sich darum jeder seiner Verantwortung im Ganzen bewußt. Reichentum und Heiligkeit des Eigentums ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Wer diese herrliche Bewegung durch gemeine Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Wer aber in ehrlicher Hingabe an unsern Werke mitmacht, von dem die Zukunft abhängt, der darf von sich sagen, daß er im größten Augenblicke der Weltgeschichte als Schaffender zu des Volkes Heil mitdargestreift hat.

Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Wertvolle Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffentrock und Arbeitslofen, helfe alle mit.

Ebert, Scheidemann, Landeberg.

Abna Berlin, 9. November. Reichskanzler Ebert veröffentlicht folgenden Aufruf:

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzuführen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilsreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Verfall der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helfe also mit mit dem Vaterlande durch furchtlose und unerschrockene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: gez. Ebert.

Die Verpflegung der Truppen an der Front.

Ab Berlin, 10. November. Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

An Alle!

Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist in größter Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrecht erhalten werden. Das sind wir unseren Kameraden schuldig.

Jede Plünderung oder Beischnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Plünderung oder Verzögerung von Transporten und jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den bisher mit dem Verpflegungsausschuß betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Seht Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein.

Der Reichskanzler: gez. Ebert.

Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit:

Arbeiter! Bürger!

Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingt erforderlich, daß rationierte Lebensmittel nur auf Karten verabfolgt und entnommen werden. Zuwiderhandlungen verletzen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrengste geahndet werden.

3. A. des Arbeiter- und Soldatenrates.
Der Ernährungsausschuß: Wurm.

In einem Aufruf an die ländliche Bevölkerung heißt es: Der soziale Grundgedanke der neuen Ordnung ist: Jeder Ar-

beiter ist seines Lohnes wert. Die erwerbstätige Bevölkerung des Reiches hat darum von der neuen Ordnung der Dinge nichts zu befürchten. Sicherheit des Lebens und Eigentums wird durch die Arbeiter- und Soldatenräte gewährleistet. Die ländliche Bevölkerung hat aber alles zu befürchten, wenn die Lebensmittelversorgung der großen Städte ins Stocken gerät. Dann verliert die neue Ordnung die Gewalt über die hungernden Massen. Die Anarchie bricht aus. Magazine und Läden, die geplündert werden könnten, sind leer. Dann wird sich ereignen, was keiner von uns wünschen kann. Von Hunger getrieben, vermischte und zu allem entschlossene Haufen werden sich mit Gewehren und Maschinenwaffen bewaffnen auf das flache Land ergießen, um sich hier mit Gewalt anzueignen, was sie brauchen, um nicht Hungers zu sterben. Dann sind schlimme Katastrophen unermesslich. Nord und Brand an der Tagesordnung. Unbeschreibliches Elend bricht über Euch herein. Bauern! Wollt Ihr Euch und Eure Frauen und Kinder, wollt Ihr Eure Dörfer und Güter vor furchtbarem Schicksal bewahren, so unterstützt bereitwillig alle Anordnungen und Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte und sorgt im Einvernehmen mit Euren bisherigen Behörden, den Landratsämtern dafür, daß die Lebensmittelzufuhr für die Städte nicht nur ebenso unbehindert vorstatten geht wie bisher, sondern noch reichlicher fließt. Bauern! Was Ihr in diesem Sinne tut, tut Ihr für Euch!

Anerkennung durch die Oberste Heeresleitung.

Berlin, 10. November. Aus dem Hauptquartier ist die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die Oberste Heeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennt. Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat gestern Berlin verlassen.

Ab Berlin, 9. November. Wie wir hören, hat sich der Kriegsminister der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilisierungsaufgaben sicherzustellen.

Kriegsminister Schöch und Unterstaatssekretär Böhre richten folgenden Erlass an die stellvertretenden Generalkommandos: Im Interesse des Allgemeinwohls muß von jedem Offizier verlangt werden, daß er auch unter den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach den besten Kräften weiterverfolgt. Sicherheit, Ordnung, sowie Volksernährung können nur gewährleistet werden, wenn alle Kräfte hierzu vereint werden. Allen Befehlen der stellvertretenden Generalkommandos ist auch weiterhin Folge zu leisten. Ueber die Bildung von Soldatenräten folgt Befehl.

Anwendungen in der Presse.

Berlin, 10. November. Die bisherige „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint von heute ab unter dem Titel „Die Internationale“. Die „Berliner Allgemeine Zeitung“ (Berlag Wilkin) erscheint als Organ der Unabhängigen. Der „Scherische Lokalanzeiger“ wurde von der Spartakusgruppe (Viehnach) übernommen und führt seit Samstag den Titel „Die rote Fahne“.

W. I. B. befehlt.

Berlin, 9. November. Das „Wolffsche Telegraphische Büro“ wurde Samstag mittag durch den Arbeiter- und Soldatenrat befehlt. Seit 3 Uhr steht der Nachrichtendienst dieses Büros unter der Vorherrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Befehlung des Büros geschah ohne Schwierigkeiten, so daß der Nachrichtendienst für die deutsche Presse hierdurch keine Verzögerung erleidet.

Die Revolutionen in Berlin.

Abna Berlin, 9. November. Berlin ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Heute morgen 9 Uhr traten die größten industriellen Betriebe in den Generalstreik. In Zügen, denen rote Fahnen vorangetragen wurden und an deren Spitze bewaffnete Soldaten aller Waffengattungen schritten, eilten sie von allen Vororten des Innern der Stadt zu. Die ersten Züge kamen von der Alster- und Brunnenstraße nach dem Stadtinnern. Die Soldaten und Offiziere wurden aufgefordert, die Kolonnen und Schließende zu entfernen; in weitgehendster Weise geschah es freiwillig. Eine allgemeine Verbrüderung der Matrosen, Soldaten und Arbeiter vollzog sich. Man drang in die Kasernen ein und fand auch hier begeisterte Aufnahme bei den Soldaten. Die militärischen Befehlungen in den Fabriken hatten mit den Arbeitern gemeinsam die Werkstätten verlassen und handelten mit ihnen gemeinsam. Soweit bisher bekannt, kam es nur bei der Besetzung der sogenannten Waffenkaserne zu einem Zusammenstoß zwischen den Massen und der bewaffneten Macht.

Abna Berlin, 9. November. Hier hat die Revolution einen glänzenden, fast unblutigen Sieg errungen. Der am Morgen ausgebrochene Generalstreik führte zu der Stilllegung sämtlicher Betriebe. Um die 10. Morgenstunde ging das Hamburger Jägerregiment vom Volke über und schickte eine Delegation zum Arbeiter- und Soldatenrat. Weitere Truppenzüge schlossen sich in rascher Folge an. Das Alexanderregiment ging nach einer Anforderung des Reichstagsabgeordneten Wels geschlossen zum Volk über. Nur in der Chausseestraße kam es vor der dortigen Kaserne zu einer unbedeutenden Schießerei, wobei ein Arbeiter durch einen Offizier getötet wurde. Die Offiziere flüchteten. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Militärpatrouillen, die sich am Freitag abends in den Straßen zeigten, sind zurückgezogen. Vom „Vorwärts“-Gebäude, das durch eine Abteilung des Hamburger Jägerregiments gesichert ist, weht die rote Fahne. Es herrscht unbeschwerter Jubel und große Begeisterung. Die Kontrolle des Wolffschen Telegraphenbureaus ruht in den Händen des Genossen Wilhelm Carl (Frankfurt a. M.).

Die Aufrechterhaltung des Verkehrs.

Wenn die jetzt im Gange befindlichen Umwälzungen im politischen Leben für alle Volksteile segensreich und nicht unheilvoll wirken sollen, so ist es in erster Linie erforderlich, daß alle verantwortlichen Persönlichkeiten für die geordnete und freie Aufrechterhaltung des Verkehrs mit größter Energie Sorge tragen. Jedes Zusammenbrechen der logistisch überlegten und durch technische Verhältnisse bedingten Organisation der Lebensmittelzufuhr kann zu einer Hungersnot für weite Kreise der Bevölkerung in den Städten führen. Die großen Städte sind auf tägliche Frischmilchzufuhr und dauernde ununterbrochene Gemüse- und Kartoffelzufuhr angewiesen, wenn die Ernährung der Bevölkerung nur einigermaßen im Rahmen der bisherigen Einteilung sichergestellt sein soll. Wer eine Säuglingssterblichkeit mit Recht für eine Tragödie hält, wer der schwergeprüften ärmeren Bevölkerung jetzt bei bevorstehendem Abbruch des Friedens keine Erleichterung, sondern nach Möglichkeit eine Erleichterung der Ernährungsverhältnisse verschaffen möchte, der muß unsere Eisenbahnen, unsere Straßenbahnen und die sonstigen öffentlichen Verkehrsmittel bei ihrer schweren und verdienstvollen Arbeit nach Kräften unterstützen. Wer durch Störung des freien Verkehrs die Ernährung unserer Städte in Frage stellt oder auch nur erschwert, ist ein noch schwerer Verbrecher als der Dieb oder der Brandstifter. Unser Volk hat in vier Jahren genug Elend und Not ausgekostet, daß es heute verlangen kann, daß ihm jede unnötige Erschwerung der Lebensführung, jede vermeintliche Not erspart bleibt.

Paul Hirsch Polizeipräsident von Berlin.

Berlin. Die „Internationale“ meldet: Der Landtagsabgeordnete Paul Hirsch (Scheidemannsche Richtung) wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Polizeipräsidenten von Berlin gewählt.

Frankfurt.

Ab Frankfurt a. M., 9. November. In Frankfurt a. M. ist seit dem frühen Morgen die polizeiliche Gewalt vollständig in den Händen des Soldatenrates, an dessen Spitze Polizeikommissar Meier und Polizeiwachtmeister Reinhardt stehen. Der Soldatenrat, der in ständiger Fühlung mit der organisierten Arbeiterkraft steht, hat den sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Sinzheimer zum provisorischen Polizeipräsidenten und Lebensmittelkommissar ernannt. Die Lebensmittelversorgung ist gesichert, die Stadt ist ruhig. Die Geschäfte gehen ihren regelmäßigen Gang. Außer unbedeutenden Vorkommnissen haben sich Ausschreitungen nicht ereignet. Stellvertretendes Generalkommando, Polizeipräsident und Magistrat sowie alle anderen kaiserlichen und staatlichen Behörden erkennen die Autorität des Soldatenrates an. Die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien haben zu einer Einigung auf der Grundlage eines einschneidenden Aktionsprogramms geführt.

Abna Frankfurt a. M., 9. November. Das provisorische Aktionskomitee erläßt an die arbeitende Bevölkerung Frankfurts einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: In der Nacht vom 8. zum

9. November haben die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen, die Zentralgewalt der sozialistischen Republik gebildet hat, übernimmt der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat alle verordnende und vollziehende Gewalt. Für die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates haben Geltung. Der Arbeiter- und Soldatenrat überwacht sämtliche Betriebe und öffentlichen Anstalten im Groß-Frankfurter Wirtschaftsbezirk, die weitergeführt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird für die öffentliche Ordnung sorgen. Plünderungen und Ausschreitungen werden rücksichtslos bestraft. Eins unserer ersten Sorgen wird die gerechte Lösung der Lebensmittelfrage sein. Notwendige soziale Maßnahmen sind vorbereitet. Alles öffentliche und Privatvermögen steht zunächst unter dem Schutz des Arbeiter- und Soldatenrates.

Frankfurt. Das Stelld. Generalkommando des 18. Armee-Korps hat den neuen Gewalten in Frankfurt a. M. im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere im Interesse der Versorgung mit Lebensmitteln und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seine Mitarbeit zugesichert. Im Sinne dieser Zusage ergab im Einverständnis mit dem Frankfurter Soldatenrat an alle Angestellten der Eisenbahn und Post das dringende Eruchen, nicht durch Unbefähigkeit gegen Anforderungen der neuen Gewalten, durch Streik oder Vernachlässigung von Transportmitteln die Ernährung der Bevölkerung in Frage zu stellen und dadurch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu gefährden. Der Chef des Stabes: von Stüdnig, Generalmajor. Den Soldaten Frankfurts zur Kenntnis. Der Vollzugsbefehl des Soldatenrates: Reinhardt. Meier. Frankfurt a. M., den 10. November 1918. — Gegenfährliche Gerüchte. Wie in den verschiedensten Abschnitten des Krieges, schreiten auch jetzt bei der großen Neuordnung in unserer Stadt wieder die falschen Gerüchte durch die Luft. Sie werden von mutwilliger Seite verbreitet, von Leichtgläubigen aufgenommen und beunruhigen die Bevölkerung aufs höchste. Das Publikum wird gebeten, derartigen Gerüchten keinen Glauben zu schenken und solchen Logenheiten entgegenzutreten. Die Bürgerchaft kann versichert sein, daß sie über alle Vorgänge auf dem Laufenden gehalten und daß alles geordnet wird, was zum Besten der Einwohnerchaft erforderlich ist. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Frankfurt. In einer Bekanntmachung des stellvertretenden Polizeipräsidenten heißt es u. a.:

Es ist bekannt geworden, daß Lebensmittelverbreiter, besonders Bäcker, Waren ohne Markenabgabe ausshändigen. Von der geregelten Lebensmittelversorgung hängt die Zukunft unserer Bevölkerung ab; wer sie fñrt, begeht Völkerverrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Frankfurt a. M. wird deshalb mit den strengsten Maßnahmen gegen diejenigen einschreiten, die unter Verletzung der bestehenden Vorschriften über die Lebensmittelversorgung ihre Sonderprivilegien wahrnehmen. Diejenigen, die der Uebertretung solcher Vorschriften überführt sind, werden sich nicht nur vor den Gerichten, sondern auch vor der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates zu verantworten haben. Ich warne daher Alle, durch derartige Vergehen die Volksgemeinschaft zu gefährden.

Hochst.

Hochst a. M. Hier hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der den Bahnhof besetzt hält und die Geschäfte der Stadtverwaltung und des Landratsamtes übernommen hat. Die Uebernahme vollzog sich reibungslos. Infolge Einschränkung der Mähtungsarbeiten in den Hochwerken sind die dort seit mehr als Jahreszeit beschäftigten polnischen Arbeiter entlassen und sofort nach Polen zurückgeführt worden. Auch viele deutsche Arbeiter, die von auswärtig nach hier zur Arbeit kamen, stehen vor der Entlassung. Auch die Heimkehrförderung der belgischen Arbeiter und Arbeiterinnen steht unmittelbar bevor.

Mainz.

Mainz. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Mainz erläßt folgende Kundgebung an die Bevölkerung: „Aus der Mitte der Mainzer Garnison und der Arbeiterschaft hat sich gestern ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der einen Ausschuss beauftragte, folgende Beschlüsse der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Der Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates übernimmt die vollziehende Gewalt. Er sorgt für Ruhe und Ordnung und gewährleistet die Sicherheit und das Eigentum. Plünderungen und Streikentzug werden mit dem Tod bestraft. Alle militärischen und Polizeibehörden üben ihre bisherige Verwaltungsmöglichkeit weiter aus. Sie werden im Einvernehmen mit dem Ausschuss Maßnahmen treffen, die im Interesse der Bevölkerung namentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und zur Sicherung der Ernährung notwendig sind. Vorgesetzte und Soldaten haben ihre Abzeichen zu tragen. Das Vorgesetztenverhältnis besteht nur im Dienst. Der militärische Dienst wird wie bisher weiter ausgeübt. Urlasser haben sofort zu ihren Truppenteilen zurückzukehren. Es wird den Soldaten zur heiligen Pflicht gemacht, ihre Ausrüstung in bestem Zustand zu erhalten. Nach 10 Uhr abends dürfen weder Militär, noch Zivilpersonen auf der Straße verweilen.“

Die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates Köln.

Köln, 9. November. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat verfolgt nachstehende Ziele: 1. Sofortiger Friede. 2. Vereibigung des Heeres auf die Verfassung. 3. Abschaffung aller Dynastien im Deutschen Reich. 4. Einstellung aller militärischen Ueberfugung. 5. Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen. 6. Annulierung der Kriegsanleihen unter Schonung der von den kleinen Leuten gezahlten Beträge. 7. Abschaffung des militärischen Grußes.

Abna Essen, 9. November.

Im ganzen Industriegebiet von Dortmund bis Duisburg sind die Bahnhöfe von Militärpersonen bewacht. Die Ruhe ist nirgends gefährdet. In 2 Ueb d wurden zwei bei Plünderungen betroffene Personen von Wachtposten erschossen.

Ab Breslau, 9. November. Rosa Luxemburg ist am Freitag nachmittag aus dem Breslauer Gefängnis entlassen worden.

Republik Sachsen.

Dresden, 10. November. Der in letzter Nacht aus der unabhängigen und gemäßigten Sozialdemokratie gebildete Arbeiter- und Soldatenrat beschloß: Die kaiserliche Monarchie hat aufgehört, die erste Kammer besteht nicht mehr, die zweite ist sofort aufzulösen und eine Nationalversammlung zu wählen, für die das Frauenstimmrecht gelten soll. Der König ist in seinem Lustschloß Moritzburg einige Stunden von Dresden.

Die Republik in Württemberg.

Stuttgart, 9. November. In Stuttgart wurde, nachdem noch im Laufe des Abends der König und die aus Vertretern der Mehrheitsparteien gebildete Regierung in einem Aufruf die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung versprochen hatten, heute abend die Republik ausgerufen. Dem aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei und den unabhängigen Sozialdemokraten bestehenden Arbeiterausschuß hat sich General v. Obinghaus mit dem Offizierskorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt. Geeignete Fachleute zur Fortführung der Verwaltungsgeschäfte werden ohne Rücksicht auf ihre politische und religiöse Zugehörigkeit herangezogen. Die Landbevölkerung wird zur Ablieferung von Lebensmitteln aufgefordert. Es wird auf sie eingewirkt, sich der Bewegung anzuschließen.

Bayern.

Ab Straubing, 9. November. In der letzten Nacht kam es in Straubing zu ersten Unruhen. Es wurde ein Soldatenrat gebildet. Der Pöbel bemächtigte sich der Waffen und Munition und befreite die im Rathaus untergebrachten Anwesen, nachdem den vorhandenen Wache die Waffen abgenommen worden waren. Auch einige Häuser von Bürgern wurden demoliert. Aus den Kasernen wurden die Quartierungsgegenstände fortgenommen. Heute vormittag wurde durch die aus München eingetroffene Abordnung des Soldatenrates die Ordnung wiederhergestellt.

Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.
Berlin, 10. November. Der deutsch-oesterreichische Staatsrat hat einstimmig mit begeistertem Beifall beschlossen, der am Dienstag zusammengetretenden Nationalversammlung den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich vorzuschlagen.

Die Kriegslage.

Der Samstag-Tagesbericht.

Ab Antich. Großes Hauptquartier, 9. November.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Die auf dem Westufer der Schelde gelegenen Teile von Tournai wurden von uns geräumt und vom Engländer besetzt. Zwischen der Schelde und Oise sind westlich der Maas haben wir unsere Linien planmäßig zurückverlegt. An einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachkämpfe entwickelt. Der Feind hat in diesen Abschnitten die Linie Perwez, westlich von St. Remy, westlich von Maubeuge, östlich und südöstlich von Avesnes erreicht und ist westlich der Maas bis in Linie Mart-Warq und an die Maas westlich von Sedan gelangt. Auf den östlichen Maasböden fanden Teilkämpfe statt.
Der Erste Generalquartiermeister: **Gröner.**

Der Sonntag-Tagesbericht.

Ab Antich. Großes Hauptquartier, 10. November.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonsee—Luz—St. Ghislain—Maubeuge—Troyon und über die Sormonne westlich von Charleville gefolgt. Auf den östlichen Maasböden und in der Ebene Woerze wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.
Der Erste Generalquartiermeister: **Gröner.**

Ab Wien, 9. November. Das österreichisch-ungarische Ministerium des Äußern beauftragte den österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, mit Rücksicht auf den zwischen Österreich-Ungarn und den gegnerischen Mächten abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag bei der deutschen Regierung gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Tirol und Salzburg Protest zu erheben. Die österreichisch-ungarischen Gesandtschaften im neutralen Ausland sind angewiesen, den Regierungen der neutralen Staaten von diesem Protest mit dem Ersuchen Kenntnis zu geben, hieron auch den Regierungen der mit uns im Kriege befindlichen Staaten Mitteilung zu machen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Haag, Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet vom 7. November aus Paris: Der deutsche Oberbefehlshaber ließ den Marshall Foch durch ein Telegramm wissen, daß die Bevollmächtigtenkommission, im ganzen 10 Personen unter der Leitung des Staatssekretärs Erzberger, eine Reisebestimmung erhalten habe und nicht früher als Donnerstagabend zwischen 8 und 10 Uhr in Hauberg, 2 km. nordwestlich von La Capelle, sein könne. Dieses ist der von General Foch angegebene Verhandlungsort. Der deutsche Oberbefehlshaber teilte ferner mit, daß er den Befehl erteilt habe, das Feuer an der Front von heute nachmittag 3 Uhr ab einzustellen.

Amsterdam, 8. November. Das Bureau Radio teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten am Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen über den Waffenstillstand sowie die dringende Aufforderung, sie binnen zweiundzwanzig Stunden, die am Montag mittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zum sofortigen Abschluß eines vorläufigen Waffenstillstandes wurde von Foch abgelehnt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem deutschen Großen Hauptquartier gebracht worden.

Ab Berlin, 9. November. Der mit der Ueberbringung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kurier kam heute nachts durch den Eiffelturm, daß er die Linien nicht passieren könne, da die Deutschen das Feuer noch nicht eingestellt hätten. Zu dieser Annahme wurde er anknirschend durch den Umstand veranlaßt, daß auf deutscher Seite ein Munitions-Depot in Brand geraten war und mit fortgesetzten Detonationen in die Luft flog. Der Kurier wurde durch Funkpruch hierüber aufgeklärt und erhielt die Weisung, die Linien sofort zu überschreiten.

Ab Berlin, 9. November. Der Kurier, der die Waffenstillstandsbedingungen aus dem Hauptquartier des Marshalls Foch in das deutsche Hauptquartier befördern sollte, hat seinen Bestimmungsort bisher noch nicht erreicht. Ueber die Gründe seines Ausbleibens, das anscheinend auf Unglücksfall zurückzuführen ist, besteht noch keine Klarheit. Von deutscher Seite ist daher durch Funkpruch bei unserer Delegation im feindlichen Hauptquartier um Aufklärung gebeten worden. Marshall Foch wird die Bedingungen nach inswischen eingetroffenem Funkpruch durch französische Flieger in das deutsche Hauptquartier senden.

Die deutschen Delegierten bei Foch.

Ab Paris, 10. November. Agence Havas. Die deutschen Bevollmächtigten, welche die Linien am Donnerstagabend 10 Uhr in Hauberg bei La Capelle überschritten, passierten nachts Chateau, Reims und Compiègne auf dem Wege nach Compiègne. Am Freitag morgen trafen sie im Hauptquartier des Marshalls Foch, das mitten in einem Walde liegt, ein und wurden dort empfangen. Neben Marshall Foch wohnten der Begegnung General Wegmann, der englische Admiral Kelson, Vines und der amerikanische Admiral Sims bei. Die deutsche Abordnung erbat die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten, was Marshall Foch ihr rundweg verweigerte. Dieser endgültige Beschluß, das Ersuchen nicht anzunehmen, wird einstimmig gebilligt werden.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. November. Das Wolffsche Bureau verbreitet folgenden Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs und Elsas. Einrückungsbefehl binnen 14 Tagen; was von Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufer. Mainz, Koblenz und Bonn, befehl vom Feinde auf Radius 30 km. Tiefe.
5. Auf dem rechten Rheinufer 30 bis 40 km. Tiefe neutrale Zone, Räumung in 14 Tagen.
6. Aus letztem Rheinufergebiet nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt gelassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter die Grenze zurücknehmen, Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, acht leichten Kreuzern, sechs Dreadnoughts, die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch das Kattegat, Wegräumung der Minenfelder und Befreiung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt gehindert werden könnte.

16. Blockade bleibt bestehen, deutsche Schiffe dürfen weiter gefahren werden.

17. alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.

18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Ein Gerücht.

Ab Leipzig, 10. November. Von einem gestern angekommenen Angehörigen der Armee der Westfront wird der „Leipziger Abendzeitung“ glaubhaft berichtet, daß es kurz vor seiner Abreise an mehreren Stellen der Westfront zu großen Verbrüderungen zwischen deutschen und französischen Truppenteilen gekommen ist, wobei rote Fahnen entrollt und sozialistische Niederungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollten, wie dabei französische Truppen erzählten, vier französische Divisionen gesammelt haben, jedoch sich noch demüßigt haben, sie schleunigst hinter die Front zurückzuziehen. Auch an der früheren deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse stattgefunden haben.

Ab Berlin, 9. November. Die Gerüchte, daß sich deutsche Seestreitkräfte der englischen oder französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehren jeder Begründung.

Ab London, 9. November. Reuter meldet: Das Kriegsschiff „Göben“ ist der Türkei überbracht und in einen türkischen Hafen gebracht worden.

Ein Staatssekretär für die Demobilisierung.

Berlin. Im Reichswirtschaftsrat fand eine Konferenz leitender Unternehmer und Gewerkschaftsführer statt. Es wurde beschlossen, die Demobilisierung einer besonderen Demobilisationsstelle anzuvertrauen, die in enger Verbindung des Reichswirtschaftsrats mit dem Reichsarbeitsrat steht und diktatorische Vollmachten hat. Sie soll einem eignen Staatssekretär unterstellt werden, der als zweiter Vize der Demobilisationsstelle Vertreter der Reichstagsmitglieder und Mitglied des preussischen Ministerrats sein soll.

Tages-Rundschau.

Der Reichstanzler an die Deutschen im Auslande.

Der Reichstanzler erläßt folgenden Aufruf an die Deutschen im Auslande:

„In diesen schweren Tagen wird manchem von Euch Volksgenossen, die außerhalb der Grenzen des deutschen Vaterlandes von Schicksal und Not umgeben sind, das Herz schwer werden. Vergewissert nicht am deutschen Volke. Unsere Soldaten kämpfen bis zuletzt so heldenhaft, wie nur je ein Heer gekämpft hat. Die Heimat bewies eine unerhörte Kraft des Leidens und Aushaltens. Im fünften Jahre, von seinen Bundesgenossen verlassen, konnte das deutsche Volk den Kampf gegen die wachsende Uebermacht nicht mehr weiterführen. Der Sieg, auf den viele hofften, ist nicht unser geworden, aber einen größeren Sieg erlöst das deutsche Volk, denn es besiegte sich selbst und seinen Glauben an das Recht der Macht. Aus diesem Sieg werden wir für die schwere Zeit, die uns bevorsteht, neue Kraft schöpfen, auf die auch Ihr bauen könnt. Keinem von Euch, die während der letzten Kriegsjahre für ihr deutsches Vaterland gekämpft und gelitten haben, wird das neue Deutschland seinen Dank schuldig bleiben. So weit es in der Macht der deutschen Regierung und des deutschen Volkes steht, die Leiden dieses Krieges und ihre Folgen zu lindern, wird ihre Fürsorge ebenso den Deutschen im Auslande wie den Deutschen in der engeren Heimat zu Teil werden.“

Reichstanzler Prinz Max von Baden.“

Die 9. Kriegsanleihe.

Bei der Reichsbankstelle Wiesbaden wurden insgesamt 71 918 000 Mk. auf die neunte Kriegsanleihe gezeichnet (gegen 107 Millionen bei der achten Kriegsanleihe).

In Mainz betragen die Zeichnungen 35,3 Millionen Mark gegen 53,5 Millionen bei der achten Kriegsanleihe.

Bei der Reichsbankstelle Frankfurt a. M. wurden 346,5 Millionen Mark gezeichnet (gegen 527 Millionen bei der achten Kriegsanleihe).

Ueber das Gesamtergebnis im Reich werden vermutlich erst heute Samstagabend Zahlen veröffentlicht werden; man schätzt jetzt das Ergebnis der neunten Kriegsanleihe auf über 10 Milliarden Mark.

Hamburg. Der Generaldirektor Ballin ist Freitagabend in Hamburg von einem Unwohlsein befallen worden, das alsbald zu einem Schlaganfall geführt hatte. Samstag nachmittag gegen 1 Uhr ist er gestorben. Er hat, am 15. August 1857 in Hamburg geboren, ein Alter von 61 Jahren erreicht. Auch inmitten der weltberührenden Ereignisse der Gegenwart wird der unerwartete Abbruch dieses reichen und wertvollen Lebens, das nach zu wichtiger Arbeit am Wiederaufbau seines Unternehmens, der Hamburg-Amerika-Linie, und unseres deutschen Wirtschaftslebens im allgemeinen berufen schien, sich weithin vernehmlich machen und tiefe Trauer verursachen. Ballin trat am 1. Juni 1886 zur Hamburg-Amerika-Linie über, wurde sehr bald ins Direktorialamt berufen und zum Generaldirektor ernannt. Ihm persönlich ist ganz wesentlich die glänzende Entwicklung der Gesellschaft in den Friedensjahren zu danken. Als er eintrat, hatte die Hamburg-Amerika-Linie 15 Millionen Mark Aktienkapital; heute sind es 180 Millionen, wovon 157,5 eingezahlt sind. Die Anzahl der Schiffe und die Weltverbindungen der Linie hat sich unter Ballin mehr als verdreifacht, der Raumgehalt der Schiffe ungefähr verzehnfacht. So ist mit Albert Ballin in Wahrheit die Seele des Unternehmens geschieden.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Bleibich.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern vormittag auf Bahnhof Bleibich-Ost. Dort geriet der etwa 19jährige Rangierer Kremer aus Erbach, als er im Begriff war, einen herankommenden Wagen an einen anderen zu koppeln, mit dem Kopfe zwischen die Räder beider Wagen. Er wurde sofort getötet, daß der Tod des jungen Mannes auf der Stelle eintrat.

Ab in Verfolg der gestrigen Erklärung des Kriegsernährungsamtes gibt die Reichsgesetzgebung bekannt, daß vom 1. Dezember d. J. ab die tägliche Rationierung allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarke wird diese Erhöhung auf ihre Zulagen angerechnet. Eine erhebliche Verbesserung auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Ab Wiesbaden, 8. November. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurden 6585 Mark für die Instandhaltung des zur Zeit Vazarettzwecken dienenden städtischen Hauses Taunusstr. 49, ferner für die Erneuerung des Anstrichs des Pavillons 12 des städtischen Krankenhauses 3400 Mark, und zur Beschaffung von Weihnachtsbeschenken für unsere Soldaten an der Front 32 000 Mark bewilligt. — Die Strompreise des städtischen Elektrizitätswerkes wurden, soweit Kraftstrom in Frage kommt, von 20 auf 25 Pfennige erhöht. Ferner sollen die bisher für größere Verbraucher bewilligten Rabattsätze in Fortfall kommen. Die finanzielle Wirkung für die Zeit vom 1. November bis 31. März ist eine Mehreinnahme von 30 000 Mark. — Weiter wurde die Erneuerungs-Zulage für Kriegshilfs-Arbeiter von 150 auf 200 Mark nachträglich erhöht. Die 50 Proz. Wertzuwachssteuer (45 Proz. für die Stadt und 5 Proz. für den Staat) soll, wie bisher, auch im Rechnungsjahr 1910 zur Erhebung gelangen. — Die Stadt hat bisher an Kriegsgeld in 10, 20- und 50 Mark-Scheinen 5500 000 Mark ausgegeben. Der Magistrat erhielt die Ermächtigung, im Falle der Not den Betrag auf 10 000 000 Mark zu erhöhen. — Verträge betreffend die Anstellung des Professors Dr. Ritterling als Direktor des Literaturmuseums und die neue Verordnungsregelung mit Ratsdirektor Schüricht wurden aufgegeben. Dr. Ritterling bezieht in der Folge 9000 Mark (bisherig von 3000 Mark für einen Hilfsarbeiter). Ratsdirektor Schüricht 12 000 Mark. Letzterer soll die Leitung des städtischen Gesangsvereins in Frankfurt niederlegen. — Zum Zwecke der Beratung

über Maßnahmen, die leitens der Stadt Wiesbaden auf dem Gebiete der Uebergangswirtschaft vom Kriege zum Frieden (insbesondere auf dem Gebiete der Arbeitslosen-Fürsorge, der Arbeitsvermittlung, der Fürsorge für den Mittelstand und der Wohnungsfrage) ergriffen werden können, wird eine aus 10 Stadtverordneten und 5 Magistratsmitgliedern bestehende Kommission eingesetzt. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Ab Wiesbaden, 10. November. Die städtische Kommission für die Uebernahme der königlichen Volksernährung hat heute in geheimer Sitzung beschlossen, die Uebernahme der Volksernährung auf die Stadt zu übertragen. Die Kommission soll als Berater Sachverständige aus der Bürgererschaft, u. a. auch Frauen, zuziehen. — Ueber die Frage der vom Staate angeregten Uebernahme der königlichen Volksernährung auf die Stadt wurde in geheimer Sitzung verhandelt.

Neueste Nachrichten.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Ab Berlin, 11. November. Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes

wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Herr Staatssekretär!
Überzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden herzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller strittigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kinder bedeuten. Wir müßten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gefinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neubau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.
Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: Solf.

Einstellung der Feindseligkeiten.

Wb Meß, 11. November. Die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellende hiesige Junkspruch-Station hat folgenden Junkspruch ausgegeben: Marshall Joch an die Oberkommandierenden 1. Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November 11 Uhr französische Zeit eingestellt werden. 2. Die alliierten Truppen werden bis auf Weiteres Befehl erhalten, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht zu überschreiten. Marshall Joch.

Unterredung mit Reichskanzler Ebert.

Berlin, 11. November. Reichskanzler Ebert empfing, wie der „Vorwärts“ berichtet, einen Vertreter des holländischen Rieums Bureau und gab ihm folgende Erklärungen: Die Sache der Freiheit hat in Deutschland einen ihrer größten Siegestage erlebt. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Ferner hat zwar Prinz Max, der bereits seinen Abschied eingereicht hatte, nach der Abdankung des Kaisers die Kanzlerschaft an mich abzugeben, tatsächlich hat mich jedoch das Volk durch seinen unmittelbaren Willensakt zum Kanzler gemacht. Wir haben schon tatsächlich alle Macht in den Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalten sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angebahnt und wäre wohl bei jedem Friedensschluß alsbald zum Ausdruck gekommen. Aber jetzt wird wohl auch der Zweifelsdämon erkennen, daß es mit dem Monarchismus und dem Imperialismus endlich vorbei ist. Die deutsche Republik wird keinen größeren Ehrgeiz kennen als den, die Deutschen in schaffender Friedensarbeit aufzunehmen. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Republik wird eine Regierung einberufen, die so genau, wie das menschlich überhaupt möglich ist, dem Volkswillen entspricht. — Auf die Frage, ob das neue republikanische System noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, es sich endgültig befestigen könnte, antwortete Reichskanzler Ebert: Unser Sieg ist fast unblutig, ich möchte jetzt sagen, leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal zum Kampfe um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik, und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, im Völkerverband der freien Nationen ein gleichberechtigtes Mitglied zu werden.

Kämpfe um den Marzfall.

Berlin, 10. November. Etwa um 7 Uhr verbreiteten sich Unter den Linden Gerüchte, daß der Marzfall von der Volksbewegung feindselig gekündigt worden, Augenzeugen und Kadetten besetzt sei und daß aus dem Gebäude geschossen werde. Es stellte sich heraus, daß eine Gruppe von Offizieren, die von der Menge aufgefordert worden waren, Kolonnen und Kesselschüsse abzugeben, sich geweigert hatten. Darauf kam es zu einem Zusammenstoß mit der Menge. Die Offiziere schickten in den Marzfall, bemächtigten sich dort stehender Maschinengewehre und es entwickelte sich zwischen ihnen und der ankommenden Menge ein Kampf, der eine Stunde dauerte. Es wurde mit Maschinengewehren, Infanteriegewehren und Revolvern geschossen. Eine Abteilung von Revolutionskämpfern forderte die Insassen auf, sich zu ergeben, was verweigert wurde. Als man darauf die Tore des Marzfalls in der Breiten Straße gewaltsam öffnete, gingen im Innern die Maschinengewehre los. Die Angreifer gingen zurück. Die Breitenstraße wurde von den Verteidigern des Marzfalls abgesperrt. Etwa eine Stunde später wurde der Angriff erneuert und der Marzfall in kurzem Straßenkampf wieder genommen. Um 1/2 8 Uhr abends nahm der Straßenkampf nicht nur in der Breiten Straße, sondern auch in der Praterstraße und auf dem Schloßplatz größeren Umfang an. Es wurde geschossen, geschrien und Maschinengewehre schrien. Auch kleinere Geschosse in Tätigkeit gewesen zu sein.

Wbna Berlin, 10. November. Nach vier Uhr entstand auf dem Schloßplatz durch ein Mißverständnis eine Schießerei, die auf beiden Seiten fortgesetzt wurde und zur Zeit noch nicht ihr Ende erreicht hat.

Wbna Hamburg, 11. November. Das Große Hauptquartier teilt dem Soldatenrat folgendes mit: In der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Hindenburg in Verbindung treten und diesem seine Forderungen vorlegen.

Wbna Wilhelmshaven, 10. November. Das Gerücht, die englische Flotte sei in Wilhelmshaven eingelaufen, entbehrt jeder Grundlage.

Oldenburg.

Wbna Hamburg, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet folgenden Junkspruch aus Wilhelmshaven: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Wilhelm II. in Holland.

Haag, 10. November. Der Kaiser befindet sich mit Gefolge in Holland und zwar augenblicklich in seinem Hofzug in der Nähe von Maastricht. Er hatte sich von Brüssel aus an den dortigen niederländischen Gesandten gewandt und durch dessen Vermittlung gewährte ihm die Königin sowie die niederländische Regierung Gastfreundschaft in den Niederlanden. Da die Niederlande selbst mit Beförderung den kommenden Tagen entgegensehen, ist es wünschenswert, daß der Kaiser bei seinem Verbleib in den Niederlanden als ganz einfacher Privatmann lebt, und daß er, falls die Königin ihm ein Schloß zum Aufenthalt überläßt, er auch dieses hochherzige Anerbieten ablehne. Es muß ferner als selbstverständlich gelten, daß kein aus Militärs bestehendes Gefolge sich dem Völkerröckel entsprechend hier in den Niederlanden bis zum Friedensschluß internieren läßt. Sowie wir wissen, sind bereits Schritte getan worden, nicht von niederländischer Seite, um den Kaiser von diesem notwendigen Schritt zu überzeugen. (F. Jg.)

Wb Berlin, 10. November. Der Kaiser ist mit zehn Herren seines Gefolges in Arnheim (Holland) eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Bentinck Wohnung nehmen.

Internierung des Kaisers.

Wb Gestein, 10. November. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beschlossen habe.

Die bayerische Königsfamilie.

München, 9. November. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag hat der König mit seinen Töchtern und dem Sohn des Prinzen Rupprecht die Residenz im Kraftwagen verlassen, ohne daß das Ziel der Fahrt bekannt ist. Wie später bekannt wurde, begab sich der König mit der Königin, die schwer krank ist, in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag nach Schloß Waldenwirth, um die Königin der Aufregung der letzten Tage zu entziehen.

Einer Mutter Liebe.

Roman von Jos. Schade-Saebisch.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Jedenfalls danke ich Dir für Deinen guten Willen, liebe Christine. So lange ich schwach und krank war, habe ich Deine Liebe gern angenommen, schon um Erlass willen, der doch sonst viel von seiner gewohnten Bequemlichkeit eingegeben hätte. Das aber mußt Du Dir selbst sagen, Liebste, daß es nicht guttut, einem jungen Haushalt wie dem unserigen, zwei Herrinnen zu geben. Als lieber Gast wirst Du mir jederzeit hochwillkommen sein, aber die Sorge für meinen Haushalt übernehme ich selbst wieder. Nicht wahr, das siehst Du doch ein und bist mir nicht böse meiner Aufrichtigkeit wegen? Herzgewinnend lächelnd, hielt sie nach immer Christines Hand fest. Deren Gesicht aber war immer spitzer, die Miene immer abweisender geworden. Nun fuhr sie mit einer der hölzernen Stricknadeln durch ihr graublonde Haar und suchte nach Worten.

In Manchem magst Du so recht haben, Lisa. Aber Du vergißt eins, daß Erichs Willen hier vor allem maßgebend ist und — Sie kam nicht weiter. Lisa hatte sich aus ihrer halb liegenden Stellung emporgerichtet. Ihr Gesicht hatte den Ausdruck lebenswüthiger Bitte verloren und war ernst geworden.

Ich glaube und hoffe zusehends, daß Erich mir in diesen Dingen, die mein ureigenstes Revier betreffen, freie Hand lassen wird, sagte sie ruhig.

Dann irrst Du Dich eben. Jede bessere Regung war in dem stillen Fräulein erstirbt. Sie sah ihre Hoffnung, sich hier völlig einmischen zu können, schwanzen, und war entschlossen, wenn es sein mußte, mit Nägeln und Zähnen darum zu kämpfen. Sie konnte keine Rücksicht mehr, und als Lisa, immer noch bemüht, ihre Ruhe zu wahren, einfach sagte: Laß uns darüber nicht streiten, Christine, das wird sich alles erweisen, stieß sie triumphierend hervor: Erich hat bereits entschieden, und er muß es doch schließlich am besten wissen, wenn er die Fähigkeit zutrifft, in standesgemäßer Weise seinen Haushalt zu führen. Du solltest Dich freuen, daß ich bleibe. Denke daran, wie oft Du Deinen Mann in Verlegenheit gebracht hast durch die Unkenntnis der Dinge, wie sie in vornehmen Häusern gebräuchlich sind. Das bleibt Dir nun erpart. Du hast hinfort nur auf Dich selbst zu achten.

Zum erstenmale nach langen Monaten hatte sie wieder eine Anspielung auf Lisas Herkunft gewagt. Ihre Worte klangen boshaft und gehässig und zeigten der jungen Frau deutlich genug, daß Christine im Grunde dieselbe geblieben und ihr nach wie vor wenig gewogen war.

Lisa war totenbleich und hielt das Kind wie zu ihrem eigenen Schutz fest an der Brust.

Ich bitte Dich, laß mich jetzt zufrieden, ich habe keine Lust, mit Dir zu streiten. Wenn Erich kommt, werde ich mit ihm sprechen.

Das war deutlich, nicht mehr und nicht weniger als eine regelrechte Herausforderung. Zitternd vor Empörung wendete Christine ihre Handarbeit zusammen und raufte ohne Gruß davon.

Lisa aber bemühte sich, ruhig zu bleiben, schon um des Kindes willen. Es war ja auch zu töricht! Wodurch Erich sein, wie er wollte und ihr noch so wenig Rechte ausstehen, das konnte er ihr nicht nehmen. Im eigenen Hause Herrin zu bleiben. Und niemals würde er ihr eine so unangenehme Gefährtin aufzwingen.

Aber es kam anders. Christine nahm den heimkehrenden Hausherrn sogleich in Empfang. Sie hielt sein Lieblingsgericht für den Abend bereit und wußte es auf geschickte Art zu verhindern, daß er zuerst zu Lisa hinaufging.

Der Duft frischgebratener Rebhühner durchzog einladend das Haus. Im Speisezimmer brannte das Licht und beleuchtete die für zwei Personen gerichtet gedekte Tafel. Alles war tadellos, wie Erich es liebte.

Wie geht es Lisa? fragte Erich nebenbei.

Gut, gut. Die Pflegerin hat sie eben wieder zu Bett gebracht. Laß sie nur zuerst ihre Suppe essen. Außerdem ist es gut, wenn Du Dich zunächst erst ein wenig durchwärmst. Du bringst eine eilige Kälte mit herein.

Der Landgerichtsrat nickte gutgelaunt. Er trat zum Kamin, um sich die Hände ein wenig zu wärmen.

Das riecht ja wunderbar appetitlich. Davon hast Du heute mittag ja gar nichts gegessen, daß es Rebhühner gibt.

Fräulein Christine lächelte melancholisch.

Das war auch heute mittag noch nicht meine Absicht, ich habe mich erst später dazu entschlossen. Da Du die Hühner aber gern isst, so wollte ich Dich noch zum letztenmal damit erfreuen.

Aber Rebhühner gibt es doch noch eine ganze Weile, sagte Erich.

Gewiß, beständige Christine ruhig. Aber Du weißt, in solchen Dingen bin ich eigen, ich überlasse die Herrschaft der Hühner nicht der Köchin, und Lisa wird wohl zu wenig Erfahrung in dergleichen Dingen haben. Wenn sie erst selbst wieder den Haushalt leitet, wirst Du wohl keine Rebhühner mehr bekommen.

Das Wädhchen hatte inzwischen die Platte mit den Hühnern angetragen und der Landgerichtsrat bereits eins derelben appetitlich und braun gebraten auf seinem Teller liegen.

Nun, ich denke doch, daß Du Dich nach wie vor der Küche annehmen wirst.

Mein lieber Junge, ich würde es gern tun. Aber Lisa, der ich in meiner Freude heute nachmittag Mitteilung von dem machte, was Du beschlossen hast, weigert sich, mich als Hausgenossin aufzunehmen und da werde ich eben gehen, um meinen Unfrieden zwischen euch zu stiften, denn Lisas Wille geht doch vor.

Sie hatte in jenem schmerzlich-resignierten Tone gesprochen, den sie stets anschlug, um Erichs Widerspruch gegen irgendeine Meinung Lisas herauszufordern, ein Beweis, wie genau sie ihren Better kannte.

Blah vor Erregung legte Erich jetzt Messer und Gabel nieder. Hast Du Lisa gesagt, daß es mein Wille sei, daß Du im Hause bleibst?

Ich bitte Dich, rege Dich um alles in der Welt nicht auf, es ist ja nicht der Mühe wert! Ich gebe eben und die Sache ist abgemacht. Es tut mir ja auch nur um Deinetwillen leid. Lisa mag ja den besten Willen haben, — darüber brauchen wir uns doch keiner Täuschung hingeben — sie stammt eben aus kleinen, einfachen Verhältnissen und versteht manches nicht. Doch nun laß die Hühner nicht kalt werden.

Sie hatte ihre Hand beschwichtigend auf seinen Arm gelegt. Nun begann sie ihm mit gutem Beispiel voranzugehen.

Grimmig machte Erich sich ans Essen. Widerspruch, zumal wenn er in solcher Form ihm gegenübertrat, verirrte er nicht, und nun gar von Lisa!

Er empfand Lisas Widerspruch direkt als Unanständigkeit. Sie hatte eben nichts für ihn übrig, ihr galt es gleich, ob er seine Ordnung und Bequemlichkeit hatte oder nicht, wenn sie nur ihren Willen durchsetzte.

Immer noch in so gereizter Stimmung, die Christine durch anscheinende Begütigungsversuche nur noch mehr gesteigert, betrat er endlich Lisas Zimmer.

Sie war bereits für die Nacht gebettet. Die rosa Ampel sandte ein mildes Licht auf Mutter und Kind. Neben anderen hätte dieses Bild des Friedens gerührt und nachgiebig gekimmert. Erich aber hatte sich zu tief in seinen Ärger vergraben und als er die großen, dunklen Augen seiner jungen Frau mit ernst-traurigem Ausdruck auf sich gerichtet sah, glaubte er daraus Trost und Widerspruch zu lesen. Ohne sich um ihre mahnende Gebärde, die auf das schlafende Kind deutete, zu kümmern, sagte er laut und rücksichtslos: Christine

lebst mir eben mit, daß Du sie aus dem Hause gewiesen hast. Ein schöner Dank, wahrhaftig, für das, was sie für uns getan hat! Du vergißt aber, daß ich Herr im Hause bin und daß meine Bestimmungen ihre Gültigkeit behalten, selbst wenn es Dir einfallen sollte, Dich dagegen aufzulehnen. Das wollte ich Dir nur sagen.

Lisa starrte ihn blöth und entsetzt an. Die Stimme verlagte ihn. Da war er auch schon wieder hinaus und zog rücksichtslos laut die Tür ins Schloß.

Hatte sie denn geträumt? Das, das konnte doch unmöglich wahr sein, was sie da eben erlebt!

Lisa zitterte am ganzen Körper, und als die Pflegerin nach einer Weile eintrat, um nach ihr und dem Kinde zu sehen, erschrak diese heftig, denn in den weit geöffneten Augen der jungen Frau brannte Fieber und ihre Stirn glühte.

Erschrocken teilte sie ihre Wahrnehmung dem Landgerichtsrat mit. Christine, die bei demselben weilt, sprang händeringend auf und eilte in Lisas Zimmer. Es wurde sofort zum Arzt gelandt. Dieser machte ein bedenkliches Gesicht und erkundigte sich, ob die junge Frau irgend einer Erregung ausgesetzt gewesen sei. Christine sah angelegentlich an dem Arzt vorüber. Erich aber erklärte kühl, daß seine Frau dazu neige, sich um Kleinigkeiten zu erregen, daß kein Mensch sie davon behüten könne.

Obwohl Lisa das Schuldgefühl um ihre Ruhe und der Arzt kam von seinem Verdacht, daß Erich die Schuld an dem heftigen Rückfall der Kranken trage, wieder ab, als er sah, wie besorgt er sich zeigte.

Lisas Zustand besserte sich jedoch nicht, im Gegenteil, das Fieber stieg. Man mußte das Kind aus ihrer Nähe entfernen. Christine nahm es zu sich. Unter diesen Umständen war natürlich erst recht kein Gedanke daran, daß sie aus dem Hause ging.

Wie sehr dem Landgerichtsrat das Gewissen schlug, war daraus zu ersehen, daß, als Lisa in ihren wilden Fieberphantasien immer wieder nach der Mutter verlangte, er sich eines Tages hinsetzte, seine Schwiegermutter von Lisas Krankheit unterrichtete und sie bat, herzukommen, da die junge Frau Sehnsucht nach ihr habe.

(Fortsetzung folgt.)

Stelln. Generalkommando

18. Armee-corps.

Abt. III b. 22 816/3296.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. III. Pol. Nr. 60 744/32 017.

Verordnung.

Bez.: Verbot des Auslandsverkehrs von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armee-corps und des Gouvernements Mainz:

Periodische Druckschriften sind während der ersten zwei Wochen nach dem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenteil oder mit völlig unleserlich gemachten Anzeigen zum Auslandsverkehr zugelassen. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Redaktion erscheinenden Veröffentlichungen, wie z. B. in Verbindung mit Anzeigen eingesandte sogenannte redaktionelle Mitteilungen.

Ausgenommen sind:

1. Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Korporationen Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten.
2. Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emmissionsprospekte handelsgerichtlicher eingetragener Firmen.
3. Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckchrift erfolgt ist; diese Anzeigen aber nur, wenn sich auf der betreffenden Seite überhaupt keine ausfuhrverbotene Anzeige (vergl. auch 1 und 2) befindet und dies durch ein eingedrucktes Zeichen in der rechten oberen Ecke der betreffenden Seite kenntlich gemacht ist.

Um die Innehaltung der 14 tägigen Frist zwischen Anzeigenannahme und Ausgabe kontrollieren zu können, ist von den in Betracht kommenden Anzeigen eine Abschrift der zuständigen örtlichen Zensurstelle vorzulegen und rechnet die 14 tägige Frist erst von dem Tage dieser Vorlegung an.

Periodische Druckschriften, bei denen es bei allen ihren Anzeigen gewährleistet ist, daß zwischen Annahme und Veröffentlichung der Anzeigen eine Frist von mindestens 14 Tagen liegt, können durch den zuständigen Militärbefehlshaber von der Verpflichtung zur Einreichung der Abschriften befreit werden. Alle zum unverzüglichen Auslandsverkehr zugelassenen Ausgaben sind auf der vordersten Seite oder dem Umschlag durch ein oben rechts in der Ecke eingedrucktes Zeichen kenntlich zu machen.

Unberührt bleibt der amtliche Verkehr, der Feldpostverkehr, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Oesterreich-Ungarn.

Zusicherungen hiergegen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Frankfurt a. M., Mainz, den 17. Oktober 1918.

Stelln. Generalkommando 18. Armee-corps.

Gouvernement der Festung Mainz.

18. Armee-corps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Tgb.-Nr. 22 656/5285.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. III. Pol. Nr. 60 656/31 928.

Bez.: Verbot von schweren Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen.

Verordnung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmen wir für den Befehlsbereich des 18. Armee-corps und des Gouvernements Mainz:

Den wegen der vorhandenen Transport Schwierigkeiten vom Kriegsministerium für den Heimatverkehr zur Verfügung gestellten schweren Kraftfahrzeugen mit elektrischem Betrieb und Dampfmaschinen wird der Verkehr auf allen öffentlichen Wegen freigegeben.

Frankfurt a. M., Mainz, den 16. Oktober 1918.

Stelln. Generalkommando 18. Armee-corps.

Gouvernement der Festung Mainz.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten und Kupferstich-Beilage Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20

Probenummer kosten- und portofrei

Welt über 150000 Abonnenten